

Neues aus dem Münsterland

Münsterland-Newsletter
Februar 2022



Kontakt:

Jan Bläs

SPD-Regio-Wahlkreisbüro Münsterland

Tel.: 0251-4843084

E-Mail: jan.blaes@landtag.nrw.de

Vorwort

Liebe Genoss*innen,

wir haben wieder Krieg in Europa - mit Russlands völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine stürzt Wladimir Putin Europa in einen Krieg. Dies ist nicht nur ein Angriff auf die Ukraine sondern ein Angriff auf die gesamte freie demokratische Rechtsordnung. Unser Bundeskanzler Olaf Scholz hat in den letzten Tagen deutlich gemacht, dass Deutschland zu seiner Verantwortung steht und wir gemeinsam mit unseren internationalen Partnern Freiheit und Demokratie für die Menschen hochhalten werden! In ganz NRW, Deutschland, in der ganzen Welt und auch in Russland, gehen Menschen auf die Straßen um sich mit der Ukraine zu solidarisieren. Unsere Gedanken sind mit den Menschen vor Ort und ihren Angehörigen.

Vor der schrecklichen Eskalation in Osteuropa gab es jedoch auch positives im Februar. Auf unserem digitalen Landesparteitag am 19. Februar haben wir Thomas Kutschaty als unseren Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten gewählt und auf der digitalen Landesdelegiertenkonferenz unsere Landesliste. Unsere Abgeordneten, die erneut antreten, André Stinka (Listenplatz 3), Nina Andrieshen (Listenplatz 10) und Frank Sundermann (Listenplatz 17) haben alle spitzen Plätze bekommen - ein Zeichen für gute Arbeit aus dem Münsterland! Unsere Abgeordnete aus Warendorf, Annette Watermann-Krass hat sich entschieden nicht mehr anzutreten, mit insgesamt 15 Jahren als Abgeordnete für Warendorf (2005-2010, 2012-2022) blickt sie auf eine lange Karriere zurück. Wie ihr letzter Februar als Landtagsabgeordnete aussah könnt ihr hier nachlesen.

Viel Spaß beim Lesen!

Euer

Jan

Themen

- S.03 Landesparteitag
- S.03 Nina Andrieshen besucht Testzentrum des DRK
- S.04 Landesregierung hat NRW in eine Mobilitätskrise geführt – Maßnahmen für Brücken, Straßen und Schienen notwendig
- S.06 Ländlichen Raum in Wirtschaft, Gesundheit, Mobilität und Wohnen stärken
- S.06 Stinka: „Landesregierung lässt Nordkirchen im Regen stehen“
- S.08 Frank Sundermann - Bürgerbus: Grenzüberschreitendes Erfolgsmodell
- S.10 Frank Sundermann - "Das Stück Zu Hause, das man hat"
- S.11 Ausbildungskonferenz der SPD-Fraktion
- S.12 Annette Watermann-Krass: Azubi-Gipfel
- S.12 Lehrkräftemangel
- S.13 Spatenstich in Sendenhorst
- S.13 Treffen mit der Kreispolizeibehörde
- S.13 Treffen mit der Kreispolizeibehörde

Der Landesparteitag

Am 19. Februar war der SPD-Landesparteitag in NRW sowie die Landesdelegiertenkonferenz, über 480 Delegierte haben hier Thomas Kutschaty zu unserem Ministerpräsidenten Kandidaten, über unser Regierungsprogramm "Unser Land von Morgen" diskutiert und auch die Landesreserveliste für die anstehende Landtagswahl am 15. Mai bestimmt.

Im Kontrast dazu lässt die CDU ihr Wahlprogramm vermissen, ähnlich wie bei der vergangenen Bundestagswahl zeigt die CDU ihre Profillosigkeit. Zum Regierungsprogramm erklärt André Stinka: „Unser Land von morgen. Das heißt für mich, wir müssen die Digitalisierung, den Klimaschutz und den gesellschaftlichen Wandel aktiv gestalten. Wir werden deshalb die Bedingungen für neue, sichere Arbeitsplätze mit guten Arbeitszeiten und anständigen Löhnen schaffen. Für ein klimaneutrales NRW beschleunigen wir Planungs- und Bauvorhaben und bauen die Nutzung von Windkraft, Wasserstoff und Solarenergie aus. Damit Wohnen nicht zur sozialen Frage wird schaffen wir mit dem Bau von 100.000 Wohnungen pro Jahr bezahlbaren Wohnraum für Alle.“

Der 19. Februar war aber auch für das Münsterland ein voller Erfolg: alle drei erneut Kandidierenden, Nina Andrieshen (Listenplatz 10), André Stinka (Listenplatz 3) und Frank Sundermann (Listenplatz 17), haben Spitzenplätze bekommen, ein Vertrauensbeweis für unsere Abgeordneten aus dem Münsterland! Nina Andrieshen erklärte hierzu: "Ich freue mich über das Vertrauen, das mir sowohl der Landesvorstand unter Thomas Kutschaty, als auch die Delegierten des Landesparteitags entgegenbringen. Für mich ist dies nicht nur eine Bestätigung meiner politischen Arbeit der letzten Jahre. Es ist auch Motivation und Vertrauensvorschuss".

Nina Andrieshen besucht Testzentrum des DRK

Seit über einem Jahr gehört das Testen in der Pandemie für viele Bürgerinnen und Bürger zum festen Bestandteil des Alltags. Zahlte man zu Anfangszeiten noch 40 Euro für einen Test, so gibt es schon seit längerem die Möglichkeit, sich schnell und unkompliziert in einem der zahlreichen Testzentren auf das Coronavirus testen zu lassen.



Foto: Wahlkreisbüro Andrieshen

Die Landtagsabgeordnete Nina Andrieshen wollte sich nun selbst ein Bild verschaffen und einen Blick hinter die Kulissen werfen. Diese Möglichkeit bekam sie am Montag im Schnelltest- und Impfzentrum im Alten Jugendheim an der Gudulastraße in Rhede.

Die beiden Vorsitzenden Helmut Ebbert und Gregor Schulte vom DRK Ortsverein Rhede, führten sie durch das Test- und Impfzentrum und zeigten ihr anschaulich die

verschiedenen Stationen. Für die nötige Praxisnähe ließ es sich die Abgeordnete nicht nehmen, sich auch selbst von einem Mitarbeiter testen zu lassen.

Seit März 2021 betreibt das DRK mit Unterstützung der Stadt Rhede die Teststation und ist so zu einem festem Bestandteil in Rhede im Kampf gegen die Pandemie geworden. Besonders beeindruckt zeigt sich Andrieshen von den über 100 ehrenamtlichen Kräften, die dies überhaupt erst möglich machen. „Was die Ehrenamtler:innen dort tagtäglich leisten imponiert mir sehr. Seit über einen Jahr sorgen sie in ihrer Freizeit dafür, dass wir alle in der Pandemie ein ganzes Stück sicherer Leben können. Sie alle verdienen unseren Dank und Respekt.“ Das sehen auch die Rheder:innen so. So berichtet Gregor Schulte



Foto: Wahlkreisbüro Andrieshen

schmunzelnd wie sich zu Weihnachten unter dem Tannenbaum im Alten Jugendheim die Geschenke stapelten, welche die Menschen ihnen als kleines Dankeschön für ihre Arbeit mitbrachten.

Zu der Frage, wie lange das Test- und Impfzentrum noch benötigt wird, konnten weder Nina Andrieshen, noch Helmut Ebbert und Gregor Schulte eine Prognose abgeben. Aber eins war für die Vorsitzenden klar: „Wir machen weiter, solange wir hier in Rhede gebraucht werden.“

André Stinka / Carsten Löcker: „Landesregierung hat NRW in eine Mobilitätskrise geführt – Maßnahmen für Brücken, Straßen und Schienen notwendig“

Im Februar hat die SPD-Fraktion im Landtag NRW den Antrag „Vom Regierungswechsel 2017 zur Mobilitätskrise 2022: Diese Landesregierung hinterlässt ein verkehrspolitisches Trümmerfeld!“ für das kommende Plenum vorgestellt. Neben der grundsätzlichen Bestandsaufnahme bringt die SPD-Fraktion einen Antrag für Hilfen rund um die gesperrte A45-Talbrücke Rahmede ein. Hierzu erklären André Stinka, stellvertretender Vorsitzender, und Carsten Löcker verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag NRW:

André Stinka:

„Um die Mobilität in NRW ist es schlecht bestellt. Von intakten Brücken und staufreien Straßen kann keine Rede sein. Verlässlichkeit im Öffentlichen Personennahverkehr und bei den Regionalbahnen ist ein Fremdwort. Die Landesregierung hinterlässt ein verkehrspolitisches Trümmerfeld. Die Verantwortung für diesen desaströsen Zustand trägt Hendrik Wüst. Als Verkehrsminister hat er sich nicht um verlässliche Mobilität gekümmert. Seine Nachfolgerin Ina Brandes tut es auch nicht. Dabei hat die Landesregierung eine Mobilitätskrise geschaffen.“

Die Brücken etwa werden zur Achillesferse der Verkehrsinfrastruktur. Die Landesregierung hat es nicht geschafft, diesem Problem Herr zu werden. Doch NRW kann es sich nicht leisten, von Brückenlockdown zu Brückenlockdown zu stolpern. Das zeigen die chaotischen Zustände rund um die A45-Talbrücke Rahmede. Für die Anwohner, Pendler und Unternehmer ist die aktuelle Lage rund um die A45 Brücke eine enorme Belastung. In so einer Situation sollten schnelle und effektive Hilfen eine Selbstverständlichkeit sein.



Foto: Max Hoffmeier

Doch seitens des NRW-Verkehrsministeriums mangelt es an Kommunikation mit den Betroffenen vor Ort. Das muss besser werden. Zudem fordern wir finanzielle Hilfen. Beispielsweise für Lärmschutz an den Ausweichstrecken. Notwendig ist ebenso ein Sonderfonds für die Region. Dieser soll dazu dienen, die durch den Ausweichverkehr beschädigte Infrastruktur instand zu setzen.“

Carsten Löcker:

„Der Weg aus der Mobilitätskrise in NRW ist nur mit einem Bündel an Maßnahmen möglich. Diese sind unerlässlich für eine erfolgreiche Verkehrswende.

Mit Blick auf die Brücken brauchen wir einen Gipfel mit allen relevanten Akteuren im Land. Das sind Autobahn GmbH und Landesbetrieb Straßenbau.NRW. Dazu gehören natürlich auch die Wirtschaft und die betroffenen Kommunen. Wir brauchen zudem einen Masterplan für die Brücken in NRW mit einer transparenten Übersicht über Zustand, Belastungsfähigkeit und Lebensdauer, der allen relevanten Akteuren und der Öffentlichkeit digitalisiert zur Verfügung steht. Und wir brauchen ein besseres Brücken-Monitoring, das wesentlich differenzierter als bisher die Brückenbauwerke in NRW prüft. Mit plötzlichen Sperrungen hat sich das bisherige Monitoring als unzureichend erwiesen. Nur mit einem verlässlichen Frühwarnsystem kommen wir vor die Lage.

Um Staus abzubauen, müssen Güterverkehre schneller von der Straße auf Schiene und Wasserstraßen verlagert werden. Hier brauchen wir ein zukunftsfähiges Gesamtkonzept.

Beim Schienenverkehr müssen wir auch an die Pendlerinnen und Pendler denken. Das Abellio-Aus zeigt, wie anfällig ein zuverlässiger Regionalbahnverkehr ist. Die Finanzierung des Schienennahverkehrs in NRW muss auf eine auskömmliche Basis gestellt werden. Hierbei hat die Landesregierung in der Vergangenheit lediglich knapp 10 % der Förderung von Öffentlichem Personennahverkehr und Schienennahverkehr aus eigenen Mitteln bestritten. Der Rest bestand in der Durchleitung von Bundesmitteln. Das ist für eine ambitionierte Verkehrswende zu wenig. Der Fall Abellio zeigt zudem: Wir brauchen ein Sicherheitssystem seitens des Landes, das bei drohenden Marktaustritten von Anbietern einen reibungslosen Fortbestand der Angebote sicherstellt. Hierzu soll unter anderem eine Stabsstelle im Landesverkehrsministerium geschaffen werden.“

André Stinka / Ernst Wilhelm-Rahe: „Ländlichen Raum in Wirtschaft, Gesundheit, Mobilität und Wohnen stärken – Landesregierung fehlen dafür die Konzepte“

Die SPD-Fraktion hat am 9. Februar die Auswertung ihrer Großen Anfrage zu Bedarfen des ländlichen Raums in NRW vorgestellt. Dabei hat die SPD-Fraktion ebenso notwendige politische Initiativen für einen starken ländlichen Raum aufgezeigt. Hierzu erklären André Stinka, stellvertretender Vorsitzender, und Ernst-Wilhelm Rahe Mitglied des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz der SPD-Fraktion im Landtag NRW:

André Stinka: „Die Politik für den ländlichen Raum in NRW braucht einen Neustart. Das zeigen die Antworten auf unsere Große Anfrage überdeutlich. Etwa 300 Fragen haben wir gestellt, um die Anforderungen ländlicher Gebiete wie Niederrhein, Sauerland und Münsterland sichtbar zu machen. Dabei wird deutlich: Das Klischee einer strukturschwachen und durch die Land- und Forstwirtschaft geprägten Gegend entspricht nicht der Realität. Die Industrie hat heute ihre Heimat im ländlichen Raum. Handwerk, gewerbliche Produktion und Dienstleistungen dominieren dort die Wirtschaft. Sie stellen rund 80 Prozent der Wertschöpfung dar. Land- und Forstwirtschaft lediglich noch 1,5 Prozent. Die Landesregierung liefert dennoch kein eigenes Konzept für die speziellen Anforderungen dieser Regionen. Schwarz-Gelb hat keine Vorstellung von den Eigenheiten und Problemen des ländlichen Raums. Zukunftsfähige Konzepte für starke ländliche Regionen bietet die SPD-Fraktion. Die Große Anfrage bestätigt ebenso: In NRW gibt es unterschiedliche Typen ländlichen Raums. So unterscheidet sich die sozioökonomische Lage. Doch die Landesregierung hat keinen differenzierten Blick auf die ländlichen Räume. Politik für den ländlichen Raum müssten federführend das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz und das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung entwickeln. Koordinationsstrukturen sind jedoch nicht erkennbar. Hier gilt es nachzubessern, um den Bedarfen ländlicher Regionen gerecht zu werden.“



Foto: Max Hoffmeier

Ernst-Wilhelm Rahe sagt hierzu:

„Vier Handlungsfelder sind besonders wichtig, um den ländlichen Raum zu stärken: Wirtschaft, Mobilität, Gesundheit und Pflege. Im Bereich der Wirtschaft bilden klein- und mittelständische Unternehmen das Rückgrat der Wertschöpfung im ländlichen Raum. Dem muss die Landespolitik Rechnung tragen. Notwendig sind unter anderem die Förderung von regionalen Clustern. Ebenso fordern wir die Vernetzung zwischen Hochschulen und Unternehmen

im ländlichen Raum, um die Innovationskraft zu stärken. Die Mobilität auf dem Land ist nach wie vor durch das Auto geprägt. Allerdings verlangt die Bundesgesetzgebung massive CO2-Einsparungen beim Verkehr. Die Landesregierung gibt keine Auskunft, wie sie diese Herausforderung angehen will. Dringend muss der ÖPNV ausgebaut werden. Hilfreich sind auf dem Land Bedarfslinien, wie Anruf- Sammel-Taxi, Taxi-Bus oder Bürgerbusse. Zudem wollen wir die Ladeinfrastruktur für E-Mobilität fördern.

In strukturschwachen ländlichen Regionen wird es immer schwieriger, die medizinische Versorgung ausreichend aufrecht zu erhalten. In NRW sind etwa 60 Prozent der Hausärztinnen und Hausärzte über 55 Jahre alt. Wir wollen Gesundheitsangebote auf dem Land stärken. Dafür wollen wir Anreizsysteme für Hausärztinnen und Hausärzte in ländlichen Bereichen schaffen.

Wohnen auf dem Land muss attraktiver werden. Gerade in den Städten ist das Wohnungsangebot knapp und die Mieten hoch. Für viele Menschen ist das Landleben attraktiv. Ohne Internetanschluss und Anbindung zum Arbeitsplatz ist der Umzug aufs Land jedoch nicht denkbar. Daher fordern wir den flächendeckenden Gigabitausbau und attraktive Angebote mit Ärztehäusern und Gesundheitszentren, rollenden Supermärkten, multifunktionalen Dorfläden. So steigern wir die Lebensqualität und entwickeln den ländlichen Raum weiter.“

Stinka: „Landesregierung lässt Nordkirchen im Regen stehen“ – SPD- Landtagsabgeordneter kritisiert Absage des Landes zur Errichtung einer Fortbildungsakademie

„Seit Jahren wird geplant und darauf hingearbeitet, Millionen von Euro sind bereits in das Projekt geflossen“, weiß André Stinka, SPD-Landtagsabgeordneter für den Kreis Coesfeld. „Die plötzliche Absage des Landes, die zugesagte Fortbildungsakademie in Nordkirchen bauen zu wollen, ist deshalb ein schwerer Schlag für die Entwicklung der Gemeinde.“

Ende Februar hatte das Land NRW – genauer gesagt das verantwortliche Finanzministerium – sehr plötzlich das Vergabeverfahren eingestellt. „Aus heiterem Himmel“, so André Stinka, der von der Entscheidung genauso überrascht wurde wie die Gemeinde Nordkirchen. Ganz besonders stört Stinka die Art und Weise der Absage: „Telefonisch wird mitgeteilt, dass man in der Corona-Pandemie festgestellt habe, dass Fortbildungen ja auch online stattfinden könnten. Das ist aus meiner Sicht Hohn und Spott – zwei Jahre nach Beginn der Pandemie und zu einem Zeitpunkt, als wir gerade auf einem guten Weg aus der Pandemie sind.“ Dafür fehle ihm jedes Verständnis. Und in seiner Kritik geht Stinka noch weiter: „Ich kann nachvollziehen, dass die Mühlen in der Verwaltung manchmal langsam mahlen, manchmal auch aus gutem Grund. Aber diese Entscheidung kann man nur mit völliger Schlafmützigkeit des Ministers und seines Ministeriums erklären.“ Wie es weiter geht, ist im Moment noch unklar. Stinka bereitet zurzeit eine Anfrage an die Landesregierung vor, um mehr Licht ins Dunkel zu bringen. Und er ist froh,

dass die Gemeinde und die Projektentwickler weiter an der Entwicklung des Quartiers in Nordkirchen festhalten – nur eben ohne die wichtige Akademie des Landes. „Die Gemeinde macht einen großartigen Job dabei, Nordkirchen weiterzuentwickeln und ich bin froh, dass auch die beteiligten Unternehmen nicht abspringen. Hier sind alle engagiert bei der Sache – nur das Land NRW leider nicht. Da müssen wir dringend Abhilfe schaffen!“



Foto: Büro Stinka

Frank Sundermann - Bürgerbus: Grenzüberschreitendes Erfolgsmodell

Lotte/Wallenhorst. Zwischen 300 und 400 Fahrgäste befördert der Bürgerbus Wallenhorst-Wersen pro Monat. Er ist neun Stunden am Tag unterwegs und lässt niemanden stehen. Davon konnten sich jetzt auch die beiden SPD-Landtagsabgeordneten Frank Sundermann aus dem nordrhein-westfälischen Tecklenburger Land und Guido Pott aus dem niedersächsischen Wallenhorst überzeugen. Gemeinsam fahren sie mit Marion Müssen, Vorsitzende des Bürgerbusvereins Wallenhorst-Wersen e.V., auf der offiziellen Tour von Wallenhorst über Rulle und Lechtingen in Richtung Halen. „Dank der finanziellen Unterstützung durch die Gemeinden Lotte und Wallenhorst können wir seit 2019 den grenzüberschreitenden Busbetrieb realisieren. Unser Angebot wird sehr gut angenommen, so dass auch eine Ausweitung unserer Tour nach Alt-Lotte denkbar und wünschenswert wäre“, sagt Müssen.

Müssen: „Wir sind kein reiner Seniorenbus“

25 Fahrerinnen und Fahrer sind fünf Tage die Woche abwechselnd im Einsatz. Diesmal sitzt Dorothee Hoffmann am Steuer. Ein Tablet gibt ihr die genaue Fahrzeit und Route vor. Die Fahrgäste kennen sie gut. „Wir haben viele Stammkunden, die zum Beispiel zur Arbeit oder zum Arzt oder Einkaufen fahren, aber auch Fahrgäste, die den Bus zum ersten Mal oder nur hin und wieder nutzen“, sagt Müssen. „Wir sind kein reiner Seniorenbus. Wir fahren auch Erwerbstätige zur Arbeit oder Kinder und Jugendliche zu ihren Freunden oder Hobbys.“ Darüber hinaus ist der Bus barrierefrei und kann auch einen Rollstuhl transportieren.



Foto: Büro Sundermann/Marina Stalljohann-Schemme

Ein wichtiger Beitrag zur Daseinsvorsorge – Beförderungspflicht

Ein Fahrticket kostet einen – eher symbolischen – Euro. „Die Förderung durch die Kommunen und die Länder ist ein wichtiger Beitrag zur Daseinsvorsorge. Nicht die Anzahl an Fahrgästen spielt eine Rolle, sondern dass jede Bürgerin und jeder Bürger die Möglichkeit bekommt, von einem Ort zum nächsten zu kommen. Schließlich habe nicht jeder ein Auto oder könne aufgrund von Einschränkungen nicht mit dem Auto oder Fahrrad fahren“, sagt Sundermann. Auch Pott betont den hohen Stellenwert des Bürgerbusses: „Der Bus hat eine Beförderungspflicht. Das heißt, wenn der Bus voll sein sollte oder aufgrund eines technischen Defekts nicht fahren kann, wird sofort ein Ersatzbus oder Taxi gerufen. Die Menschen können sich auf den Bürgerbus verlassen.“

Gemeinschaft der Fahrerinnen und Fahrer – Grillabende und mehr

Natürlich könne der Bürgerbus jederzeit neue Fahrerinnen und Fahrer gebrauchen und mehr Fahrgäste seien immer willkommen. „Aber insgesamt sind wir sehr gut aufgestellt und das Konzept funktioniert gut.“ Träger ist der Weser-Ems-Bus, doch in seinen Entscheidungen sei der Bürgerbusverein relativ frei, zum Beispiel in Bezug auf die Streckenführung und Fahrpreise. Der Bürgerbus, der seinen Sitz in Lotte hat, habe in Nordrhein-Westfalen grundsätzlich „einen hohen Stellenwert und eine Selbstverständlichkeit, so dass die Förderung dort höher ist und auch die Gemeinschaft und das Vereinsleben jährlich mit 7.500 Euro finanziell gefördert werden. „Wir sind nicht einfach nur die Fahrerinnen und Fahrer, wir treffen uns auch zu Grillabenden oder unternehmen andere schöne Dinge“, sagt Müssen. Zudem erhält der Verein einen Zuschuss zu den Betriebskosten. Dieser beträgt 7.500 Euro von der Gemeinde Wallenhorst, weitere 2.000 Euro steuert die Gemeinde Lotte bei.

Wunsch nach weiteren Tour bis in den Alt-Lotter Ortskern

Den Wunsch nach einer weiteren Tour bis in den Alt-Lotter Ortskern kann SPD-Ratsherr und Fraktionsvorsitzender Thomas Giebel aus Lotte nur unterstützen, der ebenfalls mitgefahren ist. „Das erfordert einiges an Organisation, eine neue Aufstellung der Finanzierung und auch einen neuen Bürgerbus-Verein, aber für die Menschen wäre das ein



Foto: Büro Sundermann/Marina Stalljohann-Schemme

großer Gewinn“, sind sich Müssen und Giebel einig. Auch Sundermann und Pott unterstützen die Idee und wollen sich hierfür einsetzen: „Der Bürgerbus ist dafür da, die Menschen, die nicht mobil sind, aus dem Umland in die Zentren zu bringen und die Lücken zu füllen, die der klassische ÖPNV nicht abdecken kann. Dass dies in Wallenhorst und Wersen so zuverlässig funktioniert, ist aber in erster Linie dem herausragenden Engagement der ehrenamtlichen Fahrerinnen und Fahrern sowie des gesamten – rund 80 Mitglieder zählenden – Bürgerbus-Vereins zu verdanken.“

Frank Sundermann - "Das Stück Zu Hause, das man hat"

Digitale Diskussionsveranstaltung „Von Grund auf fair“ zum Thema Wohnen im Digital Hub

„Das Stück zu Hause, was man hat, ist mehr als nur ein Dach über dem Kopf und mehr als nur zu wohnen“, sagt Frank Sundermann (SPD), der Landtagsabgeordnete für das Tecklenburger Land. Bei einer Diskussionsveranstaltung am 9. Februar hat er sich mit Experten aus der Region über die großen Herausforderungen zum Thema Wohnen unterhalten. Mit dabei waren: Andreas Becker MdL, Bau- und wohnungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag NRW, Uwe Manteuffel, Technischer Beigeordneter der Stadt Ibbenbüren, Ute Middendorp, Fachbereichsleitung Soziale Beratung bei der SKF Ibbenbüren und Dipl. Sozialarbeiterin/-pädagogin sowie Hubert Berning vom Mieterverein Münster und Umgebung e. V.



Foto: Büro Sundermann/Marina Stalljohann-Schemme

Zu wenig mietpreisgebundene Wohnungen

Immer mehr Menschen können sich ihre Wohnung nicht mehr leisten und ein immer größerer Teil des Einkommens geht für die Miete und insbesondere für die Nebenkosten drauf, oft mehr als 30 oder sogar 40 Prozent des Einkommens. Gleichzeitig sind die Rahmenbedingungen fürs Bauen schlechter als je zuvor: „Nie war das Bauen so teuer, nie war Bauland so teuer wie heute“, sagt Becker. Eigentlich müssten in ganz NRW rund 20.000 neue mietpreisgebundene Wohnungen entstehen. Gerade mal 8.600 habe man im vergangenen Jahr erreicht.



Foto: Büro Sundermann/Marina Stalljohann-Schemme

Manteuffel zur Wohnungsbaugesellschaft Ibbenbüren

Manteuffel sprach über die „kleine, aber feine Wohnungsbaugesellschaft“ Ibbenbüren, die jährlich etwa 25 neue Wohneinheiten schafft. Nicht jede Kommune könne eine eigene Wohnungsbaugenossenschaft oder -gesellschaft gründen, weshalb Kommunen hier unterstützt werden müssten, um geförderten Wohnraum bereitstellen zu können.

Ausbildungskonferenz der SPD-Fraktion Tischlerei Menne aus Kattenvenne im Videobeitrag

Bei der digitalen Ausbildungskonferenz der SPD-Fraktion am 8. Februar haben wir mit Vertretern von DGB, Handwerk, Wirtschaft, Wissenschaft und Praxis darüber gesprochen, wie es uns gelingen kann, die duale Ausbildung bei zunehmender Digitalisierung und Akademisierung von Bildung gut für die Zukunft aufzustellen. Frank Sundermann, wirtschafts- und energiepolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und Landtagsabgeordneter im Tecklenburger Land: „Welcher Maßnahmen bedarf es, um mehr Schülerinnen und Schülern mit Haupt- und Realschulabschluss den Weg in die duale Ausbildung zu ebnen? Und wie können mehr Ausbildungsbetriebe dafür gewonnen werden, um die Zahl der Ausbildungsplätze zu erhöhen?“ Für Sundermann bedeutet gute Ausbildung, „dass auch zukünftig engagierte, junge Menschen gemeinsam mit Unternehmerinnen und Unternehmern die Zukunft unseres Landes gestalten.“ Auch das Handwerk aus dem Tecklenburger Land war – indirekt – bei der Ausbildungskonferenz vertreten. Thorsten Menne, Inhaber der Tischlerei Menne aus Lienen-Kattenvenne, hat in einem Videostatement beschrieben, dass er sich gerne darum kümmert, junge Menschen in einen Ausbildungsberuf zu bekommen. Im Gegensatz zu vielen anderen Handwerksbetrieben hat Menne keine Probleme Auszubildende und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden. Seine Auszubildenden waren sogar in der WDR-Sendung „Passt, wackelt und hat Luft“ zu sehen. Menne: „Ich würde mir wünschen, dass sich die Schulen mehr mit der überbetrieblichen Ausbildung unterhalten und da einfach mehr Kommunikation entsteht und bessere Technik zur Verfügung haben.“ Er finde es gut, dass die Ausbildungsstätten nach dem Willen der SPD moderner und flexibler werden sollen.



Foto: Büro Sundermann/Marina Stalljohann-Schemme

Sundermann finde es wichtig, dass die Firmen bzw. die Unternehmerinnen und Unternehmer ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter „mitnehmen“, d.h. an Entscheidungs- und Firmenprozessen beteiligen und auch deren Meinung ernst nehmen. „Erfolgreiche Unternehmen kümmern sich um ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genauso wertschätzend wie um ihre Kunden“, sagt Sundermann. Das sei auch ein wichtiger Aspekt, um Auszubildende und neue Mitarbeiter zu finden und zu behalten.

Im Video kommen weitere Mitarbeiter der Tischlerei Menne zu Wort, warum sie dort ihre Ausbildung gemacht haben, warum sie auch die Arbeit auf sich genommen und einen Meister gemacht haben und was es für Vorteile mit sich bringt, handwerklich zu arbeiten:

<https://youtu.be/78SxWLrat6U>

Annette Watermann-Krass: Azubi-Gipfel

Bereits im August letzten Jahres hat sich die SPD-Fraktion mit Kindern und Jugendlichen im Landtag von Nordrhein-Westfalen ausgetauscht und daraus einen Antrag entwickelt, der anschließend im Dezember mit Expertinnen und Experten beraten wurde. "Wir wollen, dass alle jungen Menschen in NRW eine Stimme erhalten, die gehört wird und etwas bewirken kann" so Annette Watermann-Krass. Im Zuge der Beratungen hat die SPD die Rückmeldungen erhalten, dass insbesondere Themen, die für Auszubildende wichtig sind, ungeachtet blieben. "Das wollten wir natürlich ändern und haben am 1. Februar den Azubi-Gipfel veranstaltet. Im Online Dialog mit (angehenden) Auszubildenden haben wir uns in vier Workshops unter anderem zu den Themen Übergang in das Berufsleben, was brauchen Azubis in Betrieb und Berufsschule und wie sie sich eine Beteiligung an der Verbesserung der Situation vorstellen können" erzählt die Politikerin. Es gab viele Impulse, wie man Auszubildende nun zielgerichtet durch die Politik unterstützen kann!



Lehrkräftemangel - die Bildungskatastrophe abwenden

Der Lehrkräftemangel ist eine der größten Herausforderungen im Schulsystem - Dies gilt insbesondere auch für die berufsbildenden Schulen. Im vergangenen Jahr gab es fast 28% weniger Studienanfängerinnen und Studienanfänger für das Lehramt an Berufskollegs als noch im Jahr 2020. "Die bevorstehende Bildungskatastrophe an berufsbildenden Schulen muss dringend abgewendet werden!" findet Annette Watermann-Krass. "Berufskollegs sind ein integraler Bestandteil unseres dualen Ausbildungssystems und leisten einen erheblichen Beitrag zur Ausbildung unserer Fachkräfte von morgen!" In einer gemeinsamen Sitzung des Wissenschaftsausschusses und des Ausschusses für Schule und Bildung hat die SPD-Fraktion neue Wege für die Personalgewinnung debattiert, um den



bevorstehenden Fachkräftemangel zu verhindern. Die SPD setzt sich dafür ein Hochschulen für angewandte Wissenschaften in die Ausbildung von Lehrkräften einzubinden. Diese Einbindung stellt eine große Chance dar, dem Lehrkräftemangel langfristig zu begegnen, hochqualifiziertes Personal für den Lehrberuf zu gewinnen und die duale Ausbildung zukunftsfest zu machen!

Treffen mit der Kreispolizeibehörde

Versammlungsfreiheit, Respekt gegenüber der Polizei und Ausbildung in Uniform - die Themen beim Austausch mit der Kreispolizeibehörde des Kreis Warendorf waren enorm vielfältig! Leider erschweren nicht angemeldete Aufzüge die Arbeit der Polizei bei uns im Kreis sehr, fehlende Ansprechpartner machen es unmöglich Absprachen zu mögli-



copyright: Kreispolizeibehörde Warendorf

chen Gefahrenpunkten zu treffen. Auch der fehlende Respekt, nicht nur gegenüber der Polizei sondern auch gegenüber Rettungskräften, ist eine Problematik, über die Annette Watermann-Krass mit der Kreispolizeibehörde Warendorf gesprochen haben. Dabei ist ein Hauptfaktor die Anonymität in sozialen Medien - ein Problem, welches insbesondere auch Kommunalpolitiker:innen immer öfter feststellen müssen.

Zum Schluss bedankt sich die Landtagsabgeordnete: "Danke an die Polizei des Kreis Warendorf für dieses wichtige Gespräch und natürlich für die geleistete Arbeit!"

Spatenstich in Sendenhorst

Am 7. Februar war der Startschuss für das Bauprojekt „Innenstadtentwicklung – Umbau der Promenade“ und Annette Watermann-Krass war beim ersten Spatenstich dabei! Nach umfangreicher Planungsphase wurde das Projekt nun offiziell gestartet. Der Bund und das Land stellen hierfür Fördermittel in Höhe von 1,2 Millionen Euro zur Verfügung. Als erstes steht an: die Promenade! Der erste Bauabschnitt soll bereits dieses Jahr beendet werden und die beiden verbleibenden im kommenden Jahr. "Besonders erfreulich ist es, dass die Planungen hierzu gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern und der Politik entwickelt wurden" erklärt die Politikerin. Weitere Ziele sind die Realisierung von Verbindungsrouten und die Entwicklung des Spielplatzes an der Grimmstraße zu einem Generationenraum. Frau Watermann-Krass: "Ich wünsche allen Beteiligten bei der Aufwertung der Stadt Sendenhorst gutes Gelingen und freue mich schon auf das Endergebnis!"



copyright: Büro Watermann-Krass



copyright: Büro Watermann-Krass

Volle Solidarität mit der Ukraine

Nina Andrieshen, André Stinka, Frank Sundermann und Annette Watermann-Krass haben in einer Sondersitzung ihrer Fraktion über die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine beraten. „Die SPD-Fraktion verurteilt Putins Krieg aufs Schärfste“, sagt Frank Sundermann. „Unsere volle Solidarität gilt der Ukraine.“ An der Sitzung der SPD-Fraktion haben auch Iryna Shum, Generalkonsulin der Ukraine, und Jakub Wawrzyniak, Generalkonsul Polens, teilgenommen. Thema des Austauschs waren vor allem mögliche Konsequenzen für Nordrhein-Westfalen. „Die Folgen von Putins Krieg werden wir auch im Münsterland spüren. Das wurde bei der Sondersitzung der Fraktion deutlich“, sagt Frau Watermann-Krass. Nun müsse sich Nordrhein-Westfalen vor allem darauf vorbereiten, Flüchtenden zu helfen.

Denn Generalkonsulin Shum habe geschildert, wie dramatisch die Situation der Menschen in der Ukraine sei. Der Wille zum Widerstand in der Bevölkerung sei immens. Gleichzeitig fliehen Hunderttausende vor den Kämpfen. Laut UN-Angaben sind seit Beginn der Angriffe mehr als 660.000 Menschen aus der Ukraine geflohen, davon allein 375.000 nach Polen. Darunter sind vor allem Frauen und Kinder.

„Wir begrüßen ausdrücklich, dass die polnische Regierung die Grenze zur Ukraine offen hält und Flüchtende so schnell und unbürokratisch wie möglich über die Grenze kommen lässt“, sagt Nina Andrieshen. „Viele von ihnen werden wohl auch nach Nordrhein-Westfalen und damit zu uns die Region kommen.“

André Stinka fordert, dass sich „das Land gemeinsam mit den Kommunen darauf einstellen müssen“. Der Politiker erklärt weiter: „Wir sind solidarisch und werden helfen, wo wir helfen können. Dabei müssen wir die Menschen im Münsterland mitnehmen.“ Die Lage auf den Wohnungsmärkten in vielen Kommunen sei angespannt. Massenunterkünfte in Pandemiezeiten seien schwierig zu handhaben. „Wir brauchen deshalb in NRW ein kluges Konzept, wie eine Unterbringung geordnet sichergestellt werden kann“, ergänzt Frank Sundermann.

Ebenso würden die Aggressionen Putins zeigen, wie dringend die Energieversorgung von russischen Importen unabhängig werden müsse. „Je zügiger der Ausbau der Erneuerbaren gelingt, desto besser“, findet Frau Watermann-Krass. Denn die vergangenen Wochen hätten unterstrichen, dass eine nachhaltige und sichere Energieversorgung nicht nur eine entscheidende Rolle für Wirtschaft und Klima, sondern auch für unsere Sicherheitsinteressen spiele. „Hier beweist Bundeskanzler Olaf Scholz Führungsstärke und richtet die deutsche Politik neu aus.“